

# Stettiner Zeitung.

Abend-Ausgabe.

Verantwortlicher Redakteur: H. D. Köhler in Stettin.  
Verleger und Drucker: H. Graßmann in Stettin, Kirchplatz 3-4.

Bezugspreis: in Stettin monatlich 50 Pf., in Deutschland 2 M.  
vierteljährlich 1 M. 50 Pf., halbjährlich 3 M. 50 Pf., jährlich 7 M. 50 Pf.  
Liefert das Blatt 50 Pf. mehr.

Anzeigen: die Zeile oder deren Raum im Morgenblatt  
15 Pf., im Abendblatt und Neblen 30 Pf.

## Zur Reichstagswahl.

Unsern gestrigen Artikel zur Reichstagswahl schloßen wir mit der Bemerkung, daß uns eine „Klärung“ unter dem Vorst. Eugen Richter ebenbürtig fragwürdig scheint, wie ein gemeinsames Vorgehen der Liberalen unter dessen Führung. Nur zu schnell hat sich gezeigt, daß unsere Ansicht richtig, denn Eugen Richter hat bereits die Hand zurückgewiesen, welche ihm zum Zusammengehen geboten war, er hat sich beifolgt, daß gestern von uns mitgetheilte Schreiben der Freisinnigen Vereinigung in folgender Weise zu beantworten:

Berlin, 31. Januar 1897.  
An den geschäftsführenden Ausschuss des Wahls-vereins der Liberalen (Freisinnige Vereinigung) zu Bänden des Herrn Reichstagsabgeordneten Richter.

Sehr geehrte Herren! Ihrem am Schluß der gestrigen Sitzung vom 30. Januar geäußerten Ersuchen um eine möglichst baldige Antwort bin ich in der Lage, namens des geschäftsführenden Ausschusses der Freisinnigen Volkspartei sofort zu antworten, da unter uns den parlamentarischen Mitgliedern der Partei bestehender Zentralkomitee bereits in einer am 28. Januar stattgehabten Sitzung zu diesen und anderen Fragen Stellung genommen hat. In der Wahlbewegung ist stets unser oberster Grundsatz gewesen, die selbstständigen und freien Entschlüsse unserer Wähler-schaften in den einzelnen Wahlkreisen in Betreff der Person des Kandidaten und der Stellung zu anderen Parteien als maßgebend anzusehen. Wir haben es daher auch stets vermieden, die freien Entschlüsse der Wähler-schaften durch bestimmte allgemeine Formeln oder Schemata, oder durch allgemeine Abkommen mit anderen Parteien irgendwie zu präjudizieren. Demgemäß kann nach der Ansicht unseres Zentralkomitees auch die Gesamtstellung der Partei zu anderen Parteien nicht von oben herab bestritten oder dirigiert werden, sondern muß von unten heraus auf den freien Entschlüssen der Wähler-schaften sich aufbauen.

Was nun insbesondere die 14 Wahlkreise betrifft, welche gegenwärtig von Mitgliedern Ihrer Fraktion im Reichstag vertreten werden, so sind die in denselben obwaltenden Verhältnisse in unserm Zentralkomitee am Donnerstag Gegenstand ausführlicher Erörterungen gewesen auf Grund der mündlichen Mittheilungen von Abgeordneten aus den betreffenden Gegenden, der Erklärungen der Delegierten auf den jüngst stattgehabten Parteitag, der Erörterungen in Versammlungen und in der Presse der betreffenden Wahlkreise sowie direkter Zuschriften aus denselben. Danach liegen in den erwähnten 14 Wahlkreisen die Verhältnisse durchaus verschieden. In einer größeren Anzahl dieser 14 Wahlkreise besteht bei unseren Parteigenossen bis jetzt noch die Ansicht, bei den Reichstags-wahlen im Jahre 1898 die bisherigen Abgeordneten der Freisinnigen Vereinigung, falls die selben wieder aufgestellt werden sollten, zu unterstützen, sofern nicht bis zum Wahltermin in den politischen Wahlfragen oder im Verhalten der Freisinnigen Vereinigung uns gegenüber größere Gegensätze hervortreten. In anderen Wahlkreisen unter den obigen vierzehn aber liegen die Verhältnisse anders, wie Ihnen selbst ebenfalls bekannt ist wie uns. Es sind darunter zunächst altfortschrittliche Wahlkreise, in denen 1893 die zeitigen Abgeordneten in Ihrer Fraktion als Anhänger der Militärvorlage nur von Konservativen und National Liberalen aufgestellt wurden, um die bisherige Vertretung des Wahlkreises durch einen Abgeordneten unserer Richtung auszuwechseln. Auch gegenwärtig gehören in diesen Wahlkreisen noch alle Freisinnigen mit vereinigten Ausnahmen der Freisinnigen Volkspartei an. Wiederum in anderen Wahlkreisen liegt die Voraussetzung der gemeinsamen Wahlen von 1893 seitdem hinfällig geworden dadurch, daß die betreffenden Abgeordneten die damals vor den

Wahlen gegebenen Versprechungen, der Annahme der Militärvorlage nur unter der Bedingung der gleichzeitigen dauernden Festlegung der zweijährigen Dienstzeit, nicht innegehalten und dadurch sich die Wahlkreise entfremdet und eine Umgestaltung der Parteiverhältnisse in denselben herbeigeführt haben.

Nach den aus den betreffenden Wahlkreisen uns vorliegenden bestimmten Erklärungen sind wir daher nach Ansicht des Zentralkomitees nicht in der Lage, ohne die Beziehungen dieser Wähler-schaften auch unserer Partei gegenüber in Frage zu stellen, eine Einwirkung auf dieselben zu Gunsten der Aufstellung eines Kandidaten der Freisinnigen Vereinigung ausüben zu können. Wenn Sie aber gleichwohl glauben, auf unsere Parteigenossen daselbst in Ihrem Sinne einwirken zu können, so stellen wir ergebenst anheim, in diesen wenigen Wahlkreisen sich direkt an die betreffenden Parteigenossen der Freisinnigen Volkspartei zu wenden.

Ich bedauere lebhaft, daß Sie alle Verhandlungen über andere, gegenwärtig nicht durch Freisinnige vertretene Wahlkreise von der Anerkennung eines Fraktionsbestandes abhängig machen, die uns in dem geforderten Umfang unmöglich ist, wie Sie nach eigener Kenntnis der obwaltenden Verhältnisse bei näherer Prüfung selbst sich nicht verhehlen können. Denn anders-falls würde es nach Ansicht unseres Zentralkomitees nicht ausgeschlossen sein, unter Ausbe-nutzung der Zeit eine Einigung nicht möglich ist, über eine Kooperation in den dazu geeigneten Landesstellen zu verhandeln, soweit uns dazu von unseren Parteigenossen in den betreffenden Gegenden im Verlauf der Wahlbewegung bei Annäherung des Wahltermins eine Ermächtigung gegeben werden sollte.

Dochachtungsvoll

Eugen Richter.

An der Sitzung des Zentralkomitees vom Donnerstag Abend, auf die in dem vorerwähnten Schreiben des Abgeordneten Eugen Richter Bezug genommen wird, nahmen 22 Mitglieder des Reichstags und des Landtags aus der Freisinnigen Volkspartei teil.

Ueber das Verhalten der National Liberalen gegenüber den kommenden Wahlen führt die „Nat.-Lib. Corr.“ aus:

Nicht nur rechts, auch links wird mit Nachdruck zu den Wahlen gerufen. Bei der Parteizersplitterung, die bei den letzten Wahlen herrschte und sich seither unausgesetzt weiter entwickelt hat, ist es notwendig, daß in manchen Wahlkreisen, wo die Partei nicht aus eigener Kraft das Mandat erringen kann, Vereinbarungen mit anderen Parteien getroffen werden müssen, die liberal und national nahe stehen und eine loyale Gegenseitigkeit verbriefen. Die Entscheidung über die Reichstagspolitik lag das letzte Mal bei den Stichwahlen und diesmal wird es wieder so sein. Fest steht von großen Fragen, daß der nächste Reichstag über die Fortsetzung des Militärausbaus entscheidet, das am 1. April 1899 abläuft; möglich ist auch, daß er für die zukünftige Handelspolitik maßgebend sein wird. Die eigentliche Wahlparole für die nächste Wahl und die Verteilung der Mandate ist damit aber immer noch eine *cura posterior*. Nur diejenige Partei wird im kommenden Jahre günstige Kompromisse schließen, welche in ihrer Organisation feststeht. Und hierauf ist die nächste Aufmerksamkeit zu richten. Im Herbst hat der national liberale Parteitag getagt und die Grundzüge festgelegt, auf Grund deren die Parteiorganisation für das kommende Jahr weiter ausgebaut werden kann. Zunächst muß diese „kleine Arbeit“ in Angriff genommen und dabei die Schwierigkeit überwunden werden, daß die Parteileitung unbeeinträchtigt bleiben, sowohl von dem tendenziösen Vorwurf, die Partei hätte den Liberalismus aufgegeben, wie sie andererseits unbeeinträchtigt bleiben müssen von den bekannten Uebertreibungen der Agrar agitation mit allem

ihrem Ansehen, welche auf dem Parteitag für alle Zukunft abgewiesen worden sind. Von dem Erfolg dieser stillen Arbeit im Bande hängt der Ausfall der Wahlen ab. Zu Verhandlungen über Kandidaturen ist, wenn diese Vorarbeit gethan ist, immer noch Zeit genug.

## Aus dem Reiche.

Ueber den festlichen Empfang, der dem Großherzog von Baden bei seiner Rückkehr von Baden-Baden nach Karlsruhe bereitet wurde, wird von dort, 1. Februar, berichtet: Alle Glocken der Stadt wurden geläutet, und unter dem Donner der Kanonen hielt der Großherzog seinen Einzug. Die Stadt hatte reichen Flaggenschmuck angelegt. Zum Empfang auf dem Bahnhof waren u. a. der Prinz und die Prinzessin Karl von Baden, der Graf von Eichen-bach mit Gemahlin anwesend. Im Schloß erwarteten sämtliche Mitglieder des Staats-ministeriums sowie der Hofkapell und die höchsten Behörden den Großherzog, der die Ge-schiedenen freundlich begrüßte. — Der Großherzog von Baden, welcher bekanntlich am Geburtsfest des Kaisers zum General der Infanterie befördert worden, ist gestern aus Freiburg in Baden in Berlin eingetroffen, um sich bei dem Kaiser zu melden. Der Großherzog verweilt drei Tage in Berlin zu verbleiben. — Der General-Lieutenant z. S. Konstantin von Volkmann, der, wie wir mitteilen, in Götting gestorben ist, wurde am 5. Februar 1823 in Posen geboren, im Kadetten-korps erzogen und trat 1840 als Portepce-Führer beim 26. Infanterie-Regiment ein; 1842 wurde er Sekonde-Lieutenant, 1854 Premier-Lieutenant, 1859 Hauptmann und 1866 Major und Bataillons-Kommandeur im 79. Infanterie-Regiment. Nach seiner Beförderung zum Oberst-Lieutenant im Juli 1870 war er während des deutsch-französischen Krieges mit der Führung des 9. Grenadier-Regiments beauftragt, dessen Kommandeur er im Juli 1872 wurde. Unter Stellung à la suite des Regiments wurde er 1877 mit der Führung der 15. Infanterie-Brigade beauftragt, bald darauf zum General-Major und Kommandeur dieser Brigade ernannt und im Mai 1880 zu den Offizieren von der Armee befördert. Am 16. November 1880 wurde General-Major v. Volkmann in Genehmigung seines Abschiedsgesuchs zur Verfügung gestellt. — Für das Kaiserjubiläum, welches im Schloß zur Erinnerung an den 100jährigen Geburtstag Kaiser Wilhelms am 22. März stattfindet, sind schon jetzt unsere großen Modemaaren-Geschäfte und Schneider-Ateliers mit reichlichen Aufträgen bedacht worden. Die Hof-Gesellschaft erteilt, wie der „Konfektionär“ mitteilt, schon jetzt ihre Aufträge für die Anfertigung von Kostüms aus feiner Zeit, zu denen die Professoren Emil Döpler der Jüngere, von Heyden und Starowa die Zeichnungen liefern. Gleich die damalige Zeit zur Entzierung von Luxus keine besondere Veranlassung gibt, wird doch in den Kostümen, wie man schon jetzt erkennen kann, eine glänzende und prunkvolle Reichhaltigkeit und Farben-schönheit entfaltet werden. Es werden die kostbarsten Seidenstoffe in hellen, meistens weichen und rosa Farben mit reichen Silberstickereien verwendet. Die Damen tragen abneht der Kleidung der Königin Louise. Die Herren werden sich im Zeitalter des Direktors kleiden, eine Mode, die in Deutschland zur Geltung kam, als König Friedrich Wilhelm III. auf der Promenade von Pyramont im Jahre 1797, als im Geburtsjahr Kaiser Wilhelms I., in dieser Tracht erschien. Die Uniformen jener Zeit zeigen den blauen, weiß besetzten, frackartig geschnittenen Hosenrock mit hohem Kragen und Dreimäster. — Da staunhaft in Halle die Kandidatur für die Reichstagswahl in Vorpommern abgelehnt wurde der Landtagsabgeordnete Knöbe als freisinniger Kandidat aufgestellt. — Der

national liberale Landtagsabgeordnete Schulze-Steenen feierte gestern seinen 70. Geburtstag. Er ist von Beruf Landwirt und gehört dem Abgeordnetenhaus als Vertreter des Wahlkreises Hamm-Sooß seit 1888 an. — Der Land-gerichts-Präsident Ewald Göric in Graubenz ist vorgetern, 60 Jahre alt, gestorben. Herr Göric ist 1862 Gerichtsassessor geworden, wurde 1864 zum Kreisrichter in Verden ernannt und 1872 in gleicher Eigenschaft nach Neustadt (West-preußen) versetzt, hier wurde er 1874 Abteilungs-richter und Kreisgerichtsrath. Bei der Justiz-verordnung 1879 wurde er als Landgerichtsrath nach Graubenz versetzt, 1883 kam er als Land-gerichtsdirektor nach Graubenz; zum Landgerichts-präsidenten daselbst wurde er 1891 ernannt. — Eine gestern in Völs abgehaltene Versammlung der Bürgervereine beschloß, auf dem Marktplatz ein **Reiterdenkmal Kaiser Wilhelms I.** zu errichten. Die Grundsteinlegung findet bei der Zentenarfeier am 22. März statt. — Das Projekt der Errichtung einer **Ruhmeshalle und eines Kaiser Friedrich-Museums in Götting**, welches nach dem Tode der beiden Kaiser Wilhelm I. und Friedrich III. ins Werk gesetzt wurde und dank den Bemühungen des Bürgermeisters Heyne, welcher einen Fonds von 500 000 Mark zu ge-nanntem Zwecke durch Sammlungen z. z. zusammen-brachte, ist nach Erledigung der Bauplanfrage um einen großen Schritt seiner Verwirklichung näher gerückt. Das patriotische Unternehmen steht unter dem Protektorat des Kaisers. Nunmehr hat das Komitee beschlossen, vorausgesetzt die Genehmigung des Magistrats, die Ruhmes-halle auf dem von demselben offerierten Plage der ehemaligen Hofausstellung an der Neisse zu er-bauen; das Bauprogramm ist zur Aufstellung gelangt, und soll das Projekt demnächst zum öffentlichen Wettbewerb ausgeschrieben werden. Zu diesem Zwecke und um umgeben das Werk zu Ende zu führen, ist der Beschluß gefaßt worden, das Komitee in einen Verein mit dem Namen einer juristischen Person umzuwandeln. Die königliche Nationalgalerie hat dem Komitee zur Einstellung in die Gemälsammlung der Ruhmes-halle eine Anzahl Bilder zur Verfügung gestellt. — Ein gemeinsames Vorgehen der ärztlichen Vereine in Preußen gegen den staatlichen Eingriff in die ärztliche Freiheit für Ärzte herbeizuführen, ist, wie früher mitgeteilt wurde, der **Verbands-ausschuss der ärztlichen Landesvereine in Berlin** bemüht. Der „Berl. Arzt-Korr.“ zufolge wird der Verein Breslauer Ärzte mit dem Berliner **Gesellschaftsausschuss** hierin gemeinsame Sache machen. — Die bayerische Regierung hat ein Ein-gesuchen auf die **Wünsche der Mannheimer Pro-duktendörfer** abgelehnt. Die Beschlußfassung über das Fortbestehen der Börse wird hiernach bald zu erwarten sein. — Bei der gestern statt-gehabten Eröffnung der außerordentlichen **Land-tags-sesssion** in Weimar wurden in der zu Vor-rage gedachten Eröffnungsschrift Gesetze über den Ausbau der Selbstverwaltung zur Ein-stellung der Landesverwaltung, über die Umgestaltung der Landes-Verwaltung, sowie die Einführung des bürgerlichen Gesetzbuches angekündigt. — Im **Weininger Landtag** nahm bei der Verhandlung über die Bergwerbsverträge Geheimrath Ziller Veran-lassung, die Angriffe des Abg. Reichs im Reichstag auf die Verwaltung der Weininger Schiefergrube auf Grund der thafschaffen Verhältnisse als unrichtig zurückzuweisen. — Bei der Feier des **Kaisergeburtstages** in der Volkschule zu Neubrandenburg, schloß der Hauptlehrer Welterne seine Ansprache an die Schüler mit folgenden Worten: „Der Herr **Schulinspektor Vizeschütz** hat mir eine Zusage zur Verfügung gestellt, die ich an die besten Schüler vor ihrem Austritt aus der Schule vertheilen soll. Da der heutige Tag durch seine Feier am geeignetsten erscheint, will ich diese Prämien Euch heute ausgeben. Jeder, der dabei ein Unterscheid in der Konfession ge-macht worden — es erhalten nur katholische Schüler und Schülerinnen diese Bücher. Es

lehrt mir das Leid, und ich werde mir Mühe geben, auch für die andersgläubigen besten Schül-Prämien zu verschaffen.“

## Deutschland.

Berlin, 2. Februar. In Sachen Lausch bringt die „Vollstz.“ folgende Mittheilung, deren Vertretung ihr überlassen bleibt:

Die Verleumdung des Schwarzen Adler-orbans an den Minister von Miquel rufte die Erinnerung an einen Vorgang nach, der im Anfang vorigen Jahres in höchsten Hofkreisen eifrig be-sprochen worden ist, und bei dem ebenfalls der Kriminalkommissar von Lausch eine höchst „eigen-thümliche“ Rolle gespielt hatte. Bereits früher hatte der Kaiser die Ansicht gehabt, dem Finanz-minister den Schwarzen Adlerorden zu verlei-hen. Wie erkaunte der Kaiser aber, als er diese seine Ansicht, der er bisher lediglich in intimen Privat-Gesprächen mit befreundeten Herren Aus-druck gegeben hatte, plötzlich in einem hiesigen Börsenorgan veröffentlicht fand! In begreiflichem Unwillen befaß der Kaiser, Nachforschungen nach der Quelle dieser Nachricht anzustellen. Der An-trag, die Quelle ausfindig zu machen, ge-langte an den hiesigen „geachteten“ Herrn von Lausch, auf dessen Zuverlässigkeit bekanntlich keine Vorbehalte unbedingt baulen. Der „findige“ Kriminalkommissar hatte, wie immer, so auch hier das Glück, nach kurzer Zeit die „richtige Spur“ ermittelt zu haben. Dem Kaiser wurde berichtet, daß ein Journalist W., der, wie allseitig bekannt war, in engen Beziehungen zu dem kaiserlich verordneten Fürsten Fürstberg, dem Freund des Kaisers, stand, der Verfasser des fraglichen Artikels sei, und daß dieser die Information hierzu in der That von dem Fürsten Fürstberg erhalten habe. Selbst-verständlich war der Kaiser, der mit dem Fürsten Fürstberg über die Verleumdung gesprochen hatte, über die peinliche Instruktion, die er dem Fürsten Fürstberg in die Schuhe schieben mußte, höchst aufgebracht. Der Monarch gab seinem Unwillen bei einem Diner beim Fürsten Karibor einen derart starken Ausdruck, daß dadurch das Verhältnis zwischen dem Kaiser und dem Fürsten Fürstberg Monate hindurch vollständig gekühlt war. Sowohl der Fürst als auch der Journalist W. bestritten aufs entschiedenste, mit der Veröffentlichung in dem Börsenblatt irgend etwas zu thun zu haben, und der Journalist W. hatte sogar Schritte eingelegt, um gegen den Kommissar v. Lausch Anklage wegen verleum-derlei Verleumdung zu erheben. Erst einige Monate vor Beginn des Bismarck-Prozesses, als die Mächtschancen des v. Lausch durch das kräftige Eingreifen des auswärtigen Amtes auf-gedockt zu werden angingen, wurden auf Befehl des Kaisers auch nach dieser Richtung hin neue Nachforschungen angestellt, und diese führten nunmehr zu der Feststellung des wirklichen Ver-fassers und zugleich zu dem unzweideutigen Ergeb-nis, daß dieser wirkliche Autor weder mit dem Fürsten Fürstberg, noch mit dem Jour-nalist W. das Geringste zu thun hatte. Auf welche Weise von Lausch zu der Anzeige gekom-men ist, ist bis heute noch nicht aufgeklärt.

Der Kaiser wird sich nach den vorläufig getroffenen Anordnungen die gereichten Mann-schaften des Kanonenbootes „Itis“ am 8. Februar im königlichen Schloß vorstellen lassen.

## Oesterreich-Ungarn.

Wien, 1. Februar. Der „Neuen Freien Presse“ zufolge sind zu Delegierten des Oesterreichs auf der Sanitätskonferenz in Venedig Ober-sanitätsrath Ruy und Sanitätsreferent Vohata aus Triest ernannt worden.

## England.

London, 1. Februar. Bei der Unterhaus-Gründung im Wahlkreise Forfar (Schottland), der bisher durch den Nationalen White vertreten war, wurde der Nationalist Sinclair mit 5423

## Mittheilungen aus dem Grundbesitz.

## Wirtschaftliche und Steuerverhältnisse in Stadt und Land.

Einen interessanten Einblick in die wirt-schaftlichen Verhältnisse und die steuerliche Be-handlung von Stadt und Land verstatte die dem Abgeordnetenhaus kürzlich zugegangene Uebersicht der vorjährigen Steuererläufe. An Ein-kommensteuer ist in Preußen für das Steuerjahr 1896/97 bei 2 654 444 Jeniten der Betrag von 127 080 740 Mark veranlagt worden. Die ver-anlagten Jeniten ergeben 8,46 vom Hundert der Gesamtbevölkerung. Von ihnen entfallen auf die Städte 1 572 501, auf das Land 1 080 014. Das veranlagte Einkommen der Jeniten beträgt 4 183 279 309 und auf das Land 1 902 773 326 Mark entfallen. Das Durchschnittseinkommen stellt sich daher in den Städten auf 2660,26 Mark, auf dem Lande auf 1761,80 Mark, über-haupt auf 2294,45 Mark. Von dem veranlagten Einkommen der Jeniten mit mehr als 5000 Mark entfallen auf Kapitalvermögen 912 435 668 Mark, auf Grundvermögen 755 285 319 Mark, auf Handel, Gewerbe und Bergbau 1 019 219 175 Mark, auf Gewinn bringende Beschäftigung 684 493 767 Mark. An Schuldzinsen, dauernden Renten z. f. den 482 498 767 Mark in Abzug ge-bracht. Auf den Kopf der Bevölkerung entfallen in den Städten 7,04, auf dem Lande 1,64 und überhaupt 3,84 Mark der Einkommensteuer. Für die Ergänzungsteuer sind für 1896/97 veranlagt 1 166 745 Jeniten, gleich 3,72 v. H. der Gesamt-bevölkerung, und zwar in den Städten 528 305 und auf dem Lande 638 440. Das gesamt-steuerpflichtige Vermögen der Jeniten in Höhe von 64 024 178 053 Mark entfällt auf die Städte mit 38 350 422 308 Mark und auf das Land mit 25 673 755 745 Mark; das Durch-schnittsvermögen jedes Jeniten stellt sich daher in den Städten auf 72 591,44, auf dem Lande auf 40 213,25 Mark. An dem Steuerzoll sind die großen Vermögen von mehr als 500 000 Mark mit 31,26 v. H., die kleinen Vermögen von nicht mehr als 50 000 Mark mit 16,89 v. H.,

die mittleren aber mit 51,85 v. H., also mit mehr als der Hälfte beteiligt. Aus allen diesen Figuren ist zunächst zu ersehen, wie das Schwer-geicht des Volkswohlstandes sowohl als des Steuerertrages heutzutage ganz entschieden auf Seiten der Städte liegt. Auch in Preußen vollzieht sich aber der Uebergang vom Ackerbau zum Industrie- und Handels- und weiter zum Dienst- und Kapitalistenthum, ein Prozeß, der in England bekanntlich schon viel weiter gediehen ist. Auch in Preußen ist nicht mehr, wie in früheren Zeiten, der Grundbesitz die Hauptquelle des wirtschaftlichen Einkommens, sondern das Gewerbe, die Industrie, der Handel und die wirtschaftliche Arbeit überhaupt. Daneben nimmt aber auch das reine Kapitalzins- und Rentenein-kommen schon eine sehr hohe Stufe ein, eine viel höhere als das aus Grundbesitz. Trotzdem ist dieser, zumal der städtische, immer noch das be-liebteste Hauptsteuern- und Ausbeutungsobjekt. Ferner ist aus dem Zahlenmaterial ersichtlich, daß das veranlagte Einkommen in Stadt und Land sich ungefähr verhält wie zwei zu eins, und danach würde die Stadtbevölkerung gerech-terweise etwa das Doppelte von dem Einkommen-steuerzoll der Landbevölkerung zu zahlen haben. In Wirklichkeit stellt sich das Verhältnis wie 7,04 zu 1,64. Wenn man bedenkt, daß nach den Ergebnissen der letzten Volkszählung die Städte eine viel größere Bevölkerungsdichte zu-sammenbringen als das ländliche Land, daß das steuerpflichtige Einkommen sich dort also auf eine viel größere Kopfzahl vertheilt, so springt das Ungerechte dieses Besteuerungsverhältnisses um so stärker in die Augen.

## Die fiskalische Handhabung des Steuergesetzes.

Die „Steuerlagen“ haben in den preußi-schen Blättern einen solchen Umfang angenom-men, daß daraus das Vorhandensein eines viel-fach recht unangenehm empfundenen und weit-verbreiteten Uebels hervorgeht, dessen Abhülfe dem Herrn Finanzminister nicht einbringlich ge-nug empfohlen werden kann, falls daraus nicht politische Konsequenzen unliebkamer Art her-vorgehen sollen. Die baubauliche Entgegnung auf die Verhältnisse über die Art der Ermittlung des Steuerkapitals hat nicht hingereicht, um alle Unzufriedenheit darüber als grundlos zu er-

weisen. Man macht neuerdings in dieser Be-ziehung in der „Nat. Ztg.“ darauf aufmerksam, daß, wenn das gesetzliche Einkommensverfah-ren in der That ein so schweres ist, wie es in der letzten Veröffentlichung der „Berl. Corr.“ damit dargestellt worden, daß mehr als die Hälfte aller abgegebenen Selbstverpflichtungen zu unvollständigen und falsch seien, das ganze System als verfehlt bezeichnet werden könnte. Wie kann der Steuerzahler — so fragt der Verfasser — denn überhaupt verlangen, daß der Bürger sein Geheißer für die Mängel seiner Selbstverpflichtung abgibt? Es wird dann an die Verhältnisse der letzten Jahre erinnert, die Herr Miquel zur Bannung aller Vorurtheile wegen Placereien im Jahre 1890 bei der Besprechung seiner Steuerreform geäußert hat und damit werden die heutigen Steuererläufe der Steuerträger in Vergleich ge-stellt. Am Schluß heißt es:

Für uns ist es nicht zweifelhaft, daß, wenn unsere Volkswirtschaft auch nur mit der Wahrscheinlichkeit hätten rechnen können, wie sie durch die heutige übertriebene fiskalische Hand-habung des Einkommenssteuergesetzes leider ge-worden ist, niemals der Selbstverpflichtung auf der Grundlage der Selbstverpflichtung Gesetze-keit erlangt haben würde. Denn es ist aus-gesprochen, daß dieselben Volkswirtschaften den zurechnen einerseits ein Ehrenwort, sich richtig einzuschätzen, aufzulegen und daß sie gleichzeitig erklärt haben würden, daß diese Bürger vielfach mindestens zur Hälfte nicht im Stande seien, richtige Erklärungen abzugeben. Noch haben sich unsere Behörden nicht von der völligen Unab-hängigkeit des jetzigen Zustandes überzeugen lassen, obwohl doch längst die Uebergangszeit überlan-den ist und wir in den Beherrschungszustand ein-getreten sind. Nur eine Doffnung haben wir auf rascher Erfüllung, das ist die, daß doch endlich einmal alle Gesetzgebungsfaktoren davon überzeugt werden, daß die jetzige jähr-liche Selbstverpflichtung geradezu eine Prämie darauf ist, dem Staat gegenüber seinen zahlungs-fähigen Bürgern Ungerechtigkeit, Verrug und Willkür zu betreiben. Eine einfache Novelle, die statt der jährlichen Veranlagung eine fünfjährige einführt — unter Verbeibaltung der Möglichkeit einer Steuererhöhung oder Steuerermäßigung im Falle der Vermehrung des Einkommens durch Erbschaft oder Wegfall einer mehr als 1/4 des Gesamteinkommens betragen-den Einkommensquelle während des Laufes dieser

fünfjährigen Frist (§ 57, 58 des Gesetzes vom 24. Juni 1891) — sowie die oben erwähnte, von uns bereits mehrfach verlangte Verrau-fung der Mindestgrenze für die Selbstver-pflichtung, würden selbst bei Beibehaltung des bisherigen übertriebenen fiskalischen Verfahrens eine wahre Erleichterung durch alle Kreise unserer Steuerpflichtigen herbeiführen. Wir hoffen, daß es schon in dieser Tagung den ge-heißenden Körperlichkeiten gelingen wird, sich über eine solche Novelle zu verständigen.“

## Einfluß von Kabelleitungen auf stärkere elektrische Ströme auf Wasser- und Gasröhren.

Nicht sehr zu beachten für alle Hausbesitzer, namentlich in unseren Tagen der immer größeren Ausbreitung der Elektrizität, ist folgende Mit-theilung der „Zeitschrift für Heizungs-, Lüftungs- und Wasserleitungs-Technik“: Ein Umstand, der vorläufig jedenfalls zu denken giebt, vielleicht aber in Zukunft eine Frage von einschneidender Wichtig-keit für die beteiligten Kreise werden kann, ist in neuester Zeit bei Rohrleitungen aus Eisen oder Blei, welche in der Nähe von Kabelleitungen für elektrische Ströme hoher Spannung und Frequenz montirt wurden, zu Tage getreten. Es hat sich nämlich gezeigt, daß derartige metallische Rohr-leitungen, wahrscheinlich unter dem Einfluß der in denselben aufsteigenden Nebenströme und durch Ausstrahlung weiterer angestrichelter Verhältnisse sich zu einem galvanischen Element entwickeln und als solches in eminenter Weise zerfressend und zerfressend auf sich selbst zurückwirken. Diese Zer-ressungen gehen unter größerer oder geringerer Zeitanzunahme so weit, daß die Rohrwandungen durchbrochen und löcherig, die Rohre dadurch ganz undurchsichtig und auswechselungsbedürftig werden. Die Zeit, welche ein derartiger Zerfressungsprozeß bedarf, ist keineswegs eine genaue, sobald günstige Umstände für denselben hinzutreten. Solche günstige Umstände sind beispielsweise sehr geringe räumliche Entfernung zwischen Kabel und Rohr, hoher Leitungswiderstand des Rohres je nach dessen Material, das Hin-zutreten von Feuchtigkeit (Niederschlagswasser auf Rohrleitungen für kaltes Wasser), Ein-bettung des Rohres in einen Grund, dessen Bestandtheile die Bildung eines Elements

fördern u. a. m. In einem Falle, wo die hier aufgezählten Umstände — mit Ausnahme des letzten — sehr leicht konstatirbar zusammen-wirkten, war ein Wasserleitungsrohr in 3 Monaten = 90 Tagen zerfressen. Wenn man in Betracht zieht, daß der elektrische Strom für den Leuchtungsbedarf — welches hier der Fall war, täglich durchschnittlich 4 Stunden fließt, sonst ausgeschaltet ist, so ergibt sich, daß die 3 Millimeter starke Wand in 360 Stunden = 15 Tagen unter dem Einfluß des sonst ganz auf isolirt danebenliegenden elektrischen Leitungs-labes durchgefressen ward. Das weiterhin liegende Rohr war sonst nicht anders eingebettet, zeigte aber keinerlei Beschädigung, weil der elektrische Ge-räger fehlt. Ähnlich verhalten sich die Dinge bei schmelzfesten Gasleitungsrohren, nur scheint hier der Einfluß langsamer wirkend zu sein, möglicher Weise, weil die Feuchtigkeit geringer, das Leitungsvermögen ein größeres und die Asphaltirung feindlich wirkend war. Immerhin war ein 32 Millimeter-Rohr in 1/2 Jahren mit 5-20 Millimeter langen Löchern durchgefressen. Das Blei zeigt karbide Vertheilungen, sobald die Zerfressungsprodukte — weilsige, graue und schwärzliche Salze — durch Abfließen nach Abfällen gebracht werden; das Eisen zeigt durchgefressen. Da nun vielfach die Gefährdung sich eingebürgert hat, Kabelleitungen, Gasleitungs-, Bleirohre, zinkbeschichtete Sprachrohre u. i. w. bei Neubauten in dieselben Schläge, Rissen und Rauten zu legen, was bei der neueren Bauart nicht so sehr aus Erfahrung als aus Mangel an Wissen geschieht, könnte eine derartige Zerfressung der Rohre für sämtliche rohrröh-rende Gewerbezweige dadurch eine unangenehme Seite gewinnen, daß bei Neubauten ein-malige Reparaturen nach der Abnahme der Rohre im allgemeinen üblichen, eine bis zwei-jährigen Sanitätsfrist vorüber sein würden. — Abgesehen von den großen Unannehmlichkeiten derartiger Reparaturen hat der Hausbesitzer alsdann noch die Hauptpflicht für etwaige Schäden durch Rohr-brüche u. i. w. zu tragen. Deshalb Vor-sicht beim Einlegen von elektrischen Leitungen.



